

Stand: 03.05.2024 17:13:29

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/20644

"Höfesterben bremsen - Forschungsprojekt zur Kombihaltung für bayerische Milchviehbetriebe"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/20644 vom 10.02.2022
2. Beschluss des Plenums 18/20655 vom 10.02.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 104 vom 10.02.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Annette Karl, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Höfesterben bremsen – Forschungsprojekt zur Kombihaltung für bayerische Milchviehbetriebe

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Forschungsprojekt zur Klärung der Frage zu initiieren, unter welchen Voraussetzungen Kombihaltung tiergerecht ist.

Begründung:

Bayerns Milchviehbetriebe mit Kombihaltung brauchen Unterstützung. Zwischen 2010 und 2020 ist die Anzahl der Haltungsplätze im Anbindestall um 57,1 Prozent zurückgegangen. Nach Schätzung der Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) ist aktuell die Anbindehaltung mit etwa 53 Prozent der Milchviehhalter (etwa 14 000 Betriebe) und etwa 24 Prozent der Milchkühe (265 000 Kühe) in Bayern immer noch weit verbreitet. Der Verband der Milcherzeuger in Bayern e. V. (VMB e. V.) sowie die Molkereiverbände gehen davon aus, dass davon circa 10 000 Betriebe ganzjährige Anbindehaltung betreiben.

Während die ganzjährige Anbindehaltung nach allgemeiner fachlicher Einschätzung nicht tiergerecht und nicht zukunftsfähig ist, ist die Kombihaltung eine Haltungsform, die bei entsprechender Ausgestaltung, wie der Kombination von Weidegang mit der zeitweisen Anbindehaltung, Bestand haben soll. Gerade der Weidegang leistet sowohl einen Beitrag zum Tierwohl als auch zum Erhalt von artenreichem Grünland.

Ziel muss eine gesetzliche Normierung der Kombihaltung als tierschutzgerechte Haltungsform sein. Hierfür ist es vorgelagert erforderlich, Forschungsanstrengungen zu unternehmen, um zunächst festzulegen, unter welchen Voraussetzungen (Aufstallung, Bewegung) Kombihaltung tierschutzgerecht ist. Die eigene Definition der Kombihaltung durch die Marktakteure (VMB e. V.) ist nicht geeignet, den Betrieben dauerhaft Sicherheit zu geben, und entfaltet keine ausreichende Bindungswirkung.

Es wird ein bayerisches Forschungsprojekt benötigt. Hier muss die Vorarbeit geleistet werden. In Bayern spielt die Anbindehaltung agrarstrukturell eine große Rolle, hier befindet sich der Großteil der betroffenen Betriebe.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Annette Karl, Martina Fehlner, Volkmarr Halbleib, Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/20644

Höfesterben bremsen – Forschungsprojekt zur Kombihaltung für bayerische Milchviehbetriebe

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Ruth Müller

Abg. Paul Knoblach

Abg. Andreas Winhart

Abg. Christoph Skutella

Abg. Martin Schöffel

Abg. Gerd Mannes

Staatsministerin Michaela Kaniber

Erster Vizepräsident Karl Feller

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Kein Verbot der Kombinationshaltung in der Milchviehhaltung ([Drs. 18/20546](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher u. a. und Fraktion (SPD)

Höfesterben bremsen - Forschungsprojekt zur Kombihaltung für bayerische Milchviehbetriebe ([Drs. 18/20644](#))

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Herrn Kollegen Dr. Leopold Herz für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein Thema, das heute sicher mehr Anwesenheit im Plenum verdient hätte; nichtsdestoweniger müssen wir es ansprechen. Es geht um die Fortführung der Anbindehaltung.

Wir haben in Bayern noch etwa 23.000 Milchviehbetriebe; davon haben etwa die Hälfte – die Zahlen gehen ein bisschen auseinander – andere Haltungsformen, unter anderem die ganzjährige Anbindehaltung, Anbindehaltung mit Weidegang oder mit Laufhof. Um diese Betriebe geht es.

Die Regierungskoalition in Berlin hat jetzt festgelegt, dass 2030 ein Ausstieg erfolgen soll, hat aber nicht die Haltungsform dargelegt. Wir haben das in jüngster Zeit schon häufig erlebt.

Wir müssen die Haltungsformen genau unterscheiden. Die Halteform der ganzjährigen Anbindehaltung können wir in Zukunft sicher nicht mehr favorisieren; aber hier ein Datum zu setzen, wann diese Betriebe aufzuhören oder eine andere Haltungsform zu wählen haben, wäre sicher verkehrt; denn es würde einen Strukturwandel bedingen.

Ich schlage daher vor, dass wir die guten Förderprogramme, die wir in der Bayerischen Staatsregierung durchgesetzt haben, weiter anbieten. Wir können zum Beispiel Umbaulösungen anbieten, wo eine Anbindehaltung mit einem Laufhof kombiniert wird. Hier gibt es Möglichkeiten, einzugreifen und die Betriebe zu erhalten. Es geht nicht nur um die Landwirtschaft, sondern vor allem um Betriebe, die auch für andere Bereiche wichtig sind. Ich nenne den Alpenraum, den Bayerischen Wald und den Oberpfälzer Wald. Auch in Franken könnte ohne diese Betriebe kein Tourismus mehr in der gewohnten Form betrieben werden. Wir haben hier also eine enorme Verpflichtung.

Ich möchte gleich auf den Dringlichkeitsantrag der SPD eingehen. Die Richtung dieses Antrags ist sicherlich nicht verkehrt. Liebe Ruth Müller, ich lese heraus, dass hier eine Unterstützung erfolgen kann. Ich muss aber sagen: Ich habe die Anbindehaltung in meinem Hof lebenslang betrieben. Ich brauche da keine Forschungen und keine Untersuchungen mehr. Ich kann jedem, der das möchte, zeigen, dass die Kühe immer freiwillig in den Anbindestall gehen. Sie kennen sogar ihren Platz. Da gibt es kein Problem.

Wir müssen darauf achten, dass wir den Strukturwandel nicht forcieren. In der vergangenen Woche haben zahlreiche Landwirte vor den Discounterfilialen protestiert. Ich halte diese Proteste für sehr berechtigt. Die Discounter haben vorgeschlagen, dass in den nächsten Jahren nur noch Lebensmittelprodukte aus den Haltungsformen 3 und 4

abgesetzt werden sollen. Das kann nicht sein. Erstens würde damit eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in der Landwirtschaft eingeführt. Zweitens würde damit der Strukturwandel weiter vorangetrieben. Entscheidend ist, dass das Mehreinkommen bei den Landwirten ankommt. Wenn dieses Mehreinkommen nicht bei den Landwirten ankommt, dann macht das Ganze keinen Sinn. In der Kette der Discounter, der Verarbeiter und der Urproduzenten sind nämlich die Landwirte nach wie vor die Schwächsten. Deshalb kann es nicht sein, dass die Discounter die Landwirte zu Werbezwecken missbrauchen, um ihre Marge weiter zu erhöhen.

Weil ich ihn gerade sehe, möchte ich unserem Fraktionsvorsitzenden Florian Streibl danken. Er hat sich in Berlin an den neuen Minister Özdemir gewandt. Ich habe Minister Özdemir mit offenen Armen empfangen. Ich fand es gut, dass er zunächst die Probleme der Landwirte, wie zum Beispiel die Niedrigpreise, angesprochen hat. Jetzt hat er aber sein wahres Gesicht gezeigt. Er hat auf ein Schreiben des Kollegen Florian Streibl geantwortet. Florian Streibl stammt aus einem Gebiet, das für diese Form der Tierhaltung prädestiniert ist. Dort gibt es noch Betriebe mit sieben Kühen. Ich weiß zum Beispiel, der dortige Landrat einen solchen Betrieb führt. Es muss weiterhin möglich sein, in Landkreisen wie zum Beispiel dem Landkreis Oberallgäu Betriebe mit bis zu 20 Kühen zu betreiben. Herr Minister Özdemir hat Herrn Kollegen Streibl sinngemäß geantwortet: Dafür habe ich jetzt keine Zeit, ich habe Wichtigeres zu tun. – Das ist ein Schlag ins Gesicht jedes Rinderhalters.

Wir haben verschiedene Formen der Anbindehaltung. Da gibt es Weidegänge zwischen 90 und 120 Tagen. Wir haben die Alm- und die Alpwirtschaft. Ich nenne auch den Bayerischen Wald und die fränkischen Gebiete. Dort kann diese Haltung nicht mehr in der Form weitergeführt werden. Deshalb ist es ein Schlag ins Gesicht, wenn auf die Frage, wie ein Anbindestall mit Weidehaltung weitergeführt werden kann, nicht einmal eine Antwort kommt. Deshalb hoffe ich, dass dieser Dringlichkeitsantrag Unterstützung findet. Wir sollten in diesem Hause alles tun, um die klein- und mittelbäuerliche Landwirtschaft auch in Zukunft zu ermöglichen.

Liebe Kollegen der Ampel-Regierung in Berlin, noch ein Nachsatz: Geben Sie bitte Ihren Kampf für noch mehr Wölfe auf, sonst brauchen wir uns nämlich nicht für die Weidehaltung einzusetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Dr. Herz, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor, und zwar von Herrn Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Herr Kollege Leopold Herz, wir kennen uns schon lange. Sie sind der absolute Experte und selbst ein praktizierender Landwirt. – Die Diskussion um die Anbindehaltung hat eure Landwirtschaftsministerin Michaela Kani-ber losgetreten. Das möchte ich einmal feststellen. Ich habe vor Kurzem mit Vertretern unserer Erzeugergenossenschaft gesprochen. Ein Drittel dieser Landwirte steht aufgrund dieser Diskussion auf der Kippe bzw. sie geben ihren Betrieb definitiv auf. Der Handel wird bis zum Jahr 2030 keine Milch aus Anbindehaltung mehr nehmen, weil der Standard der Haltungsformen 3 oder 4 zur Pflicht wird. Die Milch wird dann einfach nicht mehr abgeholt. Was gedenken Sie als Experte und Fürsprecher der Landwirtschaft dagegen zu unternehmen? Der Markt würde hier eine Regelung zuungunsten der bäuerlichen Landwirtschaft und der Kulturlandschaft herbeiführen, was wir alle nicht wollen.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Franz Bergmüller, ich möchte jetzt nicht alles wiederholen. Ich glaube nicht, dass wir in dieser Frage nur Gegensätze haben. Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, dass wir alles daransetzen müssen, eine Zweiteilung der Landwirtschaft zu verhindern. Ich habe es bereits ausgeführt: Sollten wir die Haltungsformen 1 und 2 auf den Märkten nicht mehr zulassen, dann hätten wir diese Zweiteilung. Das darf nicht sein. Deshalb müssen wir uns

dafür einsetzen, dass nach wie vor Lebensmittelprodukte aus allen Haltungsformen in den Geschäften angeboten werden können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Herz. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Ruth Müller das Wort.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns, dass unser im Januar veröffentlichter Dringlichkeitsantrag "Höfesterben bremsen – Forschungsprojekt zur Kombihaltung für bayerische Milchviehbetriebe" die Regierungsparteien in Aktivität versetzt hat und wir uns heute über zwei Dringlichkeitsanträge unterhalten. Grundsätzlich sind wir uns einig: Wir wollen nicht, dass die vielen kleinen, extensiv wirtschaftenden Betriebe mit Kombihaltung, die einen großen Beitrag zum Erhalt von artenreichem Grünland und zur Kulturlandschaft im Grünlandgürtel und in den benachteiligten Gebieten leisten, aussterben. Das betrifft viele unserer bayerischen Milchbäuerinnen und Milchbauern. In Bayern gibt es etwa 25.000 Milchviehbetriebe. Davon haben rund 14.000 eine Anbindehaltung, geschätzt etwa 10.000 davon eine ganzjährige; nur 4.000 haben eine Kombihaltung. Für beide, also für die, die schon jetzt Kombihaltung betreiben, und für jene, die noch in der ganzjährigen Anbindehaltung sind, muss es nicht nur Möglichkeiten geben, umzubauen, anzubauen oder neu zu bauen, sondern auch die Möglichkeit, eine tiergerechte Kombihaltung weiterzuführen. Nicht jeder kleine Betrieb kann aufgrund seiner Lage im Dorf umbauen, anbauen oder neu bauen. Dann geht das Höfesterben ungebremst weiter.

Die Regierungsparteien machen mit ihrem Dringlichkeitsantrag klar, dass sie den Knall auch nach der katastrophalen Aussage von Frau Staatsministerin Kaniber in ihrer letzten Regierungserklärung noch nicht gehört oder nicht verstanden haben. Es geht nämlich nicht darum, alle Formen der Kombihaltung von Rindern weiterhin zu ermöglichen. Das ist eine bayerische Trautänzerei vor der Bilderbuchidylle eines Bauern-

hofs, auf dem der Hahn noch auf dem Mist kräht. Wir müssen uns klar werden, dass wir das einzige Bundesland in Deutschland sind, in dem die Kombihaltung eine erhebliche Rolle spielt. Gleichzeitig muss uns klar sein, dass das zeitweise Anbinden von Rindern außerhalb der Landwirtschaft von der Gesellschaft nicht mehr gewollt ist, im Übrigen auch von der bayerischen Landwirtschaftsministerin nicht mehr.

Wir brauchen extrem gute Argumente, wenn wir eine tiergerechte Kombihaltung gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel, gegenüber den Verbraucherinnen und Verbrauchern und gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern, gleich welcher Couleur, durchsetzen wollen. Das wird nur gelingen, wenn wir als Grundlage eine gute Studie haben, in der eine ausreichend große Anzahl von Tieren aus Kombihaltungsbetrieben genauer untersucht wurde. Dabei müssen sämtliche Aspekte des Tierwohls im Mittelpunkt stehen, zum Beispiel Stoffwechselgesundheit, Klauengesundheit, Gelenkschäden, Hautschäden, Milchleistung und die Lebensdauer der Tiere in der Kombihaltung. Wir wollen eine tiergerechte Kombihaltung in einer bundesdeutschen Nutztierhaltungsverordnung verankern. Dafür brauchen wir eine solide wissenschaftliche Grundlage.

Wir werden uns zum Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU enthalten und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Kollege Paul Knoblach das Wort.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Gerne schauen wir gemeinsam mit Ihnen nach Berlin; wenn wir das tun, dann sehen wir Widersprüche. Der Lebensmitteleinzelhandel und die Gerichte bestimmen die Richtung. Das Primat der Politik war ausgehebelt, und erst mit dem Regierungswechsel, mit einem grünen Landwirtschaftsminister gestalten wir wieder die Zukunft der deutschen Landwirtschaft.

Wie sieht es in Bayern aus? – Von 2010 bis 2020 haben wir 40 % der Milchviehbetriebe verloren – das zum Strukturwandel, vor dem Leopold Herz warnt. Ich verstehe das, aber das sind die Fakten. Innerhalb von zehn Jahren haben also 40 % der Milchviehbetriebe ihre Ställe zugeschlossen. Wer hat in dieser Zeit regiert?

Der Handel will keine Milch mehr aus Anbindehaltung, Verwaltungsgerichte sprechen sich gegen diese Haltungsform aus. Jetzt wird es wirklich eng für die Betriebe. Die CSU hat es versäumt, alternative Lösungen breit umzusetzen. Ordnungsrecht und Handel sitzen den Betrieben jetzt im Nacken; Aussitzen geht jetzt nicht mehr.

Anbindehaltung ist nicht tiergerecht und wird es auch nie sein. Milchviehbetriebe sind den starken Preisschwankungen des Milchmarktes wehrlos ausgesetzt – alles Dinge, die wir heute schon haben.

Bei Milchviehbetrieben kommen viel weniger Fördergelder an als bei Ackerbaubetrieben. Bei den Arbeitslöhnen ist der negative Sprung genauso groß. Das heißt, die Milchbäuerinnen und Milchbauern arbeiten mehr als andere, haben aber weniger Geld als andere in der Tasche.

Woher kommen Milch und Käse in den Kantinen unserer bayerischen Ministerien? – Laut Ministerratsbeschluss vom 13. Januar 2020 sollen bis 2025 50 % der Lebensmittel dort regionaler und ökologischer Herkunft sein. Reichlich spät, finden wir. Finden Sie das nicht auch? Und überhaupt: Woher kommen dann die anderen 50 %?

Unser grüner Landwirtschaftsminister spricht jetzt endlich Klartext, und die Probleme – von Ihnen ausgesessen – werden endlich angegangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN wollen, dass nicht ein Betrieb zurückgelassen wird. Wenn das am Ende doch nicht ganz gelingen sollte, so ist es nicht die Schuld von uns GRÜNEN, sondern die Schuld der Politik jener Parteien, die hier seit Jahrzehnten den Ton angeben und

es bis heute versäumt haben, eine Landwirtschaft zu bauen, die den gesellschaftlichen Interessen gerecht wird.

Cem Özdemir hat unsere volle Unterstützung, und wir haben keinerlei Grund, hiervon abzuweichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Knoblach.
– Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Winhart.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wer die Facebook-Seite unseres Bayerischen Ministerpräsidenten verfolgt; dort war vor wenigen Wochen zu sehen, wie Markus Söder morgens ein Glas frischer bayerischer Milch zu sich nimmt. Meine Damen und Herren, wie groß muss die Liebe des Ministerpräsidenten zu unseren bayerischen Milchbauern sein? – Ich kann es Ihnen sagen, zumindest für die Bayerische Staatsregierung: nicht allzu groß.

Frau Kaniber – Kollege Bergmüller hat es vorhin schon erwähnt – hat im Mai 2021 für ordentlich Unruhe gesorgt, als sie verkündet hat, dass der Einstieg in den Ausstieg der Anbindehaltung bereits vollzogen sei.

(Widerspruch der Staatsministerin Michaela Kaniber)

– Frau Kaniber, Sie dürfen nachher gerne dazu Stellung nehmen. Wir nehmen das auch gerne zur Kenntnis. Aber Sie kommen auch fast schon gar nicht mehr drum herum; denn das Verwaltungsgericht Münster hat die ganzjährige Anbindehaltung quasi bereits beendet und hat festgelegt, dass vom 1. Juni bis zum 30. September mindestens zwei Stunden Auslauf zu gewähren sind.

Lieber Leopold Herz, der Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU ist durchaus auch auf unserer Linie; das ist bekannt. Wir stehen für möglichst viele Haltungsformen. Wenn man versucht, von der harten Linie der Landwirtschaftsministerin abzuweichen und den Bauern und den Landwirten entgegenzukommen und weiterhin Kombinationshaltung zu ermöglichen, ist das absolut zu befürworten. Wir sehen halt nur, dass das hier Geschriebene etwas anderes ist als das, was dann wahrscheinlich im Ministerium vollzogen wird. Wir vermissen hier ein ganz klares Ja zur Kombinationshaltung. Wir vermissen aber auch Hinweise, wie man das weiter vollziehen will und wie man hier vorgehen will, um die Anbindehaltung bzw. Kombinationshaltung weiter zu ermöglichen. Hier fehlt es an der Substanz – tut mir leid, das sagen zu müssen.

Wir hätten uns hier auf jeden Fall gewünscht, dass man sagt, das Tierwohl ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und dass man hier beispielsweise ein Förderprogramm macht, dass man erklärt, wie man diesen Landwirten entgegenkommen will, wo man Geld beantragen kann.

Das Tierwohl liegt natürlich auch den Landwirten am Herzen. Jeder Landwirt achtet auf seine Tiere. Man kann nicht immer nur von grüner und roter Seite hier auf die Landwirte einhacken. Jeder Landwirt, der etwas auf sich hält, ist stolz auf seine Tiere, und das ist auch richtig so.

Beim Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU hängt das Damoklesschwert weiter über den Milchviehhaltern. Es ist genau beschrieben, wie lange es dort noch baumelt, nämlich genau zehn Jahre. Das haben Sie nämlich in Ihren Koalitionsvertrag geschrieben. Die Freien Demokraten sind da genauso dabei wie die GRÜNEN.

Jetzt haben wir hier den Antrag der SPD, in dem wieder rein ideologisch gefordert wird, das Tier vor den Menschen zu setzen. Es geht darin um ein Forschungsprojekt – keine Anhörung oder einen Bericht, nein, gleich ein Forschungsprojekt muss es diesmal sein, wie tiergerecht Kombihaltung ist. Meine Damen und Herren, Sie haben Ihre soziale Aufgabe vergessen. Was ist denn jetzt mit all den Landwirten, die ihre Höfe

aufgeben müssen? Wo ist denn hier die soziale Frage gelöst? Da hätte ich mir mal von Ihrer Seite, liebe SPD, ein paar Antworten gewünscht. Diese liefern Sie nicht, nein, ein Forschungsprojekt muss her. Den Antrag lehnen wir selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Christoph Skutella.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Dauergrünland stellt in Bayern mit rund einem Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche flächenmäßig den größten Anteil. Die Betriebe im Grünlandgürtel sind in ihren Produktionsmöglichkeiten beschränkt. Nur über Tierhaltung kann das Grünland zu Milch und Fleisch veredelt und so für den Menschen nutzbar gemacht werden. Die Nutztierhaltung ist heute allerdings wie nie zuvor im Fokus gesellschaftlicher Debatten.

Der Verbraucher stellt sehr hohe Anforderungen an die Haltung von Nutztieren, die mit der Realität, wie sich die landwirtschaftliche Produktion entwickelt hat, nicht viel zu tun haben. Der Konsum tierischer Produkte wird von Teilen der Gesellschaft sogar gänzlich infrage gestellt. Auch die Zukunftskommission Landwirtschaft hat in ihrem Abschlussbericht festgestellt, dass die gestiegenen Anforderungen an die landwirtschaftliche Nutztierhaltung sowie die steigenden Erwartungen an Prozess- und Produktqualität aller Voraussicht nach mit einer Reduktion der Gesamtnutztierbestände einhergehen werden. Aus Umwelt- und Klimaschutzgründen sei laut Zukunftskommission außerdem eine flächengebundene Tierhaltung unter Berücksichtigung regionaler überbetrieblicher Nährstoffmanagementmodelle geboten. Auch die Empfehlungen der Borchert-Kommission zum Umbau der Nutztierhaltung thematisieren die Anpassung der Tierdichte an die verfügbare Fläche bzw. regional angepasste Viehbesatzobergrenzen.

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, die Anbindehaltung in zehn Jahren zu beenden. Wenn wir ehrlich sind, dann ist es inzwischen doch so, dass der Lebensmitteleinzel-

handel im Bereich Tierwohl die Standards definiert. Die Politik sollte das endlich als Signal begreifen, tätig zu werden und konkrete Entscheidungen zu treffen, statt sich im politischen Klein-Klein zu verlieren und immer wieder für alles Übergangsfristen zu schaffen. Wir sollten mit den landwirtschaftlichen Betrieben über zukunftsfähige Landwirtschaft in Bayern reden. Dazu gehören die Inwertsetzung von Kulturlandschaftspflege, der Ausbau von Agrarumweltmaßnahmen und auch Alternativen zur Tierhaltung. Darüber müssen wir reden. Das wäre konsequent, und das wäre auch ehrlich.

Der Klimawandel ist in der Land- und Forstwirtschaft sehr deutlich spürbar. Fragen Sie die Waldbauern, fragen Sie die Winzer. Wir als Politiker haben die Verantwortung, für die Betriebe einen vernünftigen rechtlichen Rahmen zu schaffen. Dazu gehört auch, Entscheidungen zu treffen.

Es ist mehr als zwei Jahre her, dass die bayerischen Verbände der Land- und Milchwirtschaft die Kombinationshaltung als Weiterentwicklung der Anbindehaltung definiert haben. Allerdings ist in den letzten zwei Jahren diesbezüglich sowohl in Bayern als auch im Bund nichts weiter passiert. Wir werden dem Antrag der SPD aus diesem Grund zustimmen und uns beim Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Skutella. – Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Martin Schöffel das Wort.

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir am Anfang einer solchen Debatte zunächst einmal wichtig, dass wir, wenn es um Haltungsformen geht, gemeinschaftlich versuchen, den Milchstandort Bayern insgesamt nicht schlechtzureden, sondern dass wir auf das, was wir hier mit der bayerischen Milchwirtschaft haben – Produkte von höchster Qualität, die auf der ganzen Welt gefragt sind –, stolz sind. Kollege Knoblach, da kann man doch nicht so reden, wie Sie das tun, und die Entwicklung der letzten Jahre so darstellen.

Wir haben in Bayern über die Hälfte der deutschen Milchviehbetriebe. Wir produzieren in Bayern rund ein Viertel der Milchmenge, die in Deutschland produziert wird. Wir stellen über 50 % der Biomilchmenge her.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch ein Erfolg. Wir können unseren Bäuerinnen und Bauern doch einmal dafür danken, dass sie diese Arbeit jeden Tag auf sich nehmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In anderen Regionen ist das so schon längst nicht mehr der Fall.

In der Frage von Kombinationshaltung und Anbindehaltung weise ich zunächst das, was der Kollege Bergmüller über Michaela Kaniber gesagt hat, zurück. Die Diskussionen über die ganzjährige Anbindehaltung kommen vom Lebensmitteleinzelhandel – LEH –, kommen von NGOs, kommen von vielen norddeutschen Verbandsvertretern, kommen von gerichtlichen Entscheidungen. Dann ist es doch wichtig und notwendig, auf Entwicklungen hinzuweisen.

Die Staatsregierung – und wir als Fraktion – hat sich immer gegen jegliches Verbot der Anbindehaltung ausgesprochen. Die Politik Bayerns geht so: Anreize statt Verbote.

Wir haben unsere Stallbauförderung in jedem Jahr in Richtung Tierwohlmaßnahmen weiterentwickelt. Die Stallbauförderung wird in diesen Zeiten auch sehr engagiert angenommen. Wir haben in Bayern allein im letzten Jahr 2021 mehrere Hundert Stallbauvorhaben mit den Möglichkeiten des bayerischen Sonderprogramms und des bayerischen Investitionsprogramms gefördert; die Hälfte davon betraf die erstmalige Umstellung von der Anbindehaltung auf die Laufstallhaltung. Offenbar kommen diese Programme an.

Diese Programme sollen aber natürlich noch besser unter die Bauern gebracht werden. Deswegen war es von der Ministerin richtig, auf Beratungsangebote und Förder-

möglichkeiten hinzuweisen. Wir unterstützen die Bauern bei ihren Bemühungen, in den Ställen immer mehr Tierwohl Einzug halten zu lassen.

Ruth Müller, es soll nicht verkannt werden, warum wir diese Anträge überhaupt stellen müssen. Grund dafür ist der Koalitionsvertrag dieser Bundesregierung, die von einem Ende der Anbindehaltung spricht.

Wir wollen von euch – von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP – wissen: Steht ihr zu der Kombinationshaltung, wie sie in Bayern praktiziert wird, die den Tieren bei jedem Wetter, zu jeder Jahreszeit – wenn es eben möglich ist – Auslauf und Bewegung gewährt? Steht ihr dazu, dass man die Tiere an den Tagen, an denen es eben nicht geht, in den traditionellen Ställen hält? – Das ist im Winter so.

(Zuruf)

Wir weisen heute darauf hin, dass die Betriebe der Alm- und Alpwirtschaft erhebliche Probleme bekommen würden, wenn diese Haltungsform nicht mehr zur Verfügung stünde. Es geht um nichts anderes! Man muss die Bauern nicht schlechtreden und den Milchstandort nicht schlechtreden.

Es geht ganz einfach darum: Wir erwarten von den bayerischen Parteien, die die Bundesregierung stellen, dass diese Konkretisierung eingezogen wird. Wir und die Bauern wissen, dass man es, wenn man seinen Betrieb in die Zukunft entwickeln will, mit ganzjähriger Anbindehaltung sehr schwer hat. Das ist jetzt schon so und wird es auch in der Zukunft sein.

Wir haben deshalb dieses Modell der Kombinationshaltung definiert. Das hat jetzt sogar Eingang in Haltungsstufe 2 gefunden. Es ist vom Lebensmitteleinzelhandel akzeptiert. Dann wird es doch auch gelingen, in Berlin, wenn dort über diese Dinge gesprochen wird, ein Verbot zu verhindern. Darum geht es. Das wollen wir durchsetzen. Darauf wollen wir Sie hinweisen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum machen wir das? – Weil wir in größter Sorge sind um die Agrarpolitik in diesem Land und um die Bauern in diesem Freistaat. Was in wenigen Wochen durch diesen Koalitionsvertrag Neues auf die Bauern zukommt, bedeutet nicht nur ein Risiko für die Landwirtschaft, sondern das ist Agrarpolitik mit der Abrissbirne, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich will nur drei Beispiele nennen.

Das Erste ist die Frage um die Tierhaltung insgesamt in unserem Land. Die Vorgängerregierung hat unter der Führung des früheren Landwirtschaftsministers Jochen Borchert eine Kommission eingesetzt, die lange darüber diskutiert hat, welche Zukunft die Tierhaltung in diesem Land hat. Da ist ein Gesamtkonzept entstanden, von dem ich denke, dass sich alle dahinter gestellt haben. Das Gesamtkonzept umfasst ja nicht nur einen, sondern viele Bereiche: klare Definitionen über Haltungsformen der Zukunft, staatliche Garantien, auch dann, wenn heute investiert wird, eine Herkunfts- und Haltungskennzeichnung, die in Deutschland eingeführt wird, eine Tierwohlprämie, eine Entschädigung für die Bäuerinnen und Bauern, wenn sie auf diese Tierhaltungsform umstellen.

Ich frage mich, warum das in den Koalitionsvertrag nicht Eingang gefunden hat. Alle haben vor der Wahl erklärt, dass sie den Bauern helfen wollen und diese Ideen gut finden. Am Ende konnte man sich offenbar nicht verständigen. Das ist ein herber Rückschlag. Offenbar gibt es keine Einigung in dieser Koalition. Es gibt in Berlin zu diesem Thema keine Position. Es gibt in der Branche erhebliche Verunsicherung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür ist die Ampel verantwortlich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ähnliches gilt bei der Haltungs- und Herkunftskennzeichnung. Im Koalitionsvertrag ist sie versprochen und steht da auch drin. Der Landwirtschaftsminister hat in einer ers-

ten Stellungnahme gesagt, das wird in diesem Jahr umgesetzt. Mittlerweile rudert man zurück und sagt nur, das wird in diesem Jahr wahrscheinlich nicht umgesetzt. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, was gilt denn nun? – Das wäre für die Bauern in Deutschland wichtig. Das einzige bekannte und funktionierende Herkunftskennzeichen, das ich kenne, ist "Geprüfte Qualität Bayern". Das haben wir in Bayern schon lange eingeführt; das bringt den Bauern auch bares Geld.

Weil wir bei diesen Dingen sind, komme ich noch zur Düngeverordnung. Auch hier: Agrarpolitik mit der Abrissbirne. – Wir haben jetzt eine Binnendifferenzierung eingeführt, die auch die landwirtschaftliche Bewirtschaftung, die Bodenart und die Emissionen umfasst.

Das Erste, was der neue Landwirtschaftsminister und die neue Umweltministerin gemacht haben, war, der Kommission zu versprechen, dass diese Gebietsausweisung zurückgenommen wird, dass eine Neuausweisung stattfinden wird und dass die Roten Gebiete in Deutschland schon wieder neu eingeteilt werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf was sollen sich die Bauern bei dieser Politik der Ampel denn verlassen? Maximale Verunsicherung! Fachliche Argumente werden ignoriert. Es ist eine Politik gegen die Bauern.

Ich frage mich gerade bei der Düngeverordnung, wo denn eigentlich die FDP ist.

(Zuruf)

Ich meine da nicht den Kollegen Skutella, der sich bei jeder Gelegenheit für die Bauern einsetzt. Ich meine den früheren Agrarminister Wissing, der große Reden gehalten hat. Ich meine die Frau Nicole Bauer – gibt es die eigentlich noch? Große Reden vor der Wahl halten, und wenn es dann um den Koalitionsvertrag und um den Start einer Regierung geht, dann wird nichts, aber auch gar nichts von diesen Dingen, die sie den Bauern vor der Wahl versprochen haben, umgesetzt. Das ist sehr schwach. Es geht

hier deswegen um die Frage, welche Impulse jetzt von Bayern gesetzt werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die bayerische Landwirtschaft ist etwas ganz Besonderes. Wir glauben, unser Landwirtschaftsmodell ist Vorbild für Deutschland und für Europa. Wir haben eben eine kleinstrukturierte Landwirtschaft. Dies bedeutet auch mehr Biodiversität und mehr Naturschutz, weil wir mehr Agrarumweltmaßnahmen haben. Es ist auch ein höherer Aufwand für die Bäuerinnen und Bauern. Wir haben Bauernhöfe, nicht Großanlagen. Wir haben Tierbetreuung in überschaubaren Größenordnungen durch unsere Bäuerinnen und Bauern. Wir haben eine hohe Qualität bei den Produkten und in der Prozesssicherheit. Wir haben zusammen mit dem Ernährungshandwerk und der Ernährungsindustrie Produkte, die weltweit spitze und gefragt sind.

Dieser bayerische Weg, der durch viele CSU-Agrarminister und die CSU-Landtagsfraktion über Jahrzehnte geprägt worden ist, führt dazu, dass wir heute eine Agrarstruktur und Bauernhöfe haben, wie sie so in Deutschland nicht mehr zu finden sind. Wenn andernorts Zukunftsmodelle für die Landwirtschaft entwickelt werden, zeigen sie meistens den bayerischen Weg als Vorbild. Unsere Bauern können aber nicht zu Weltmarktbedingungen produzieren. Deshalb müssen diese Leistungen für Natur und Tierwohl anerkannt und vergütet werden.

Darum stellen wir heute diesen Antrag. Wir fordern alle Parteien im Landtag auf, ein gemeinschaftliches Signal nach Berlin zu senden und zu sagen: Die bayerische Landwirtschaft ist etwas Besonderes, und sie braucht auch eine besondere Unterstützung, egal ob bei entsprechenden Förderprogrammen, bei der Umsetzung der neuen GAP oder bei der Frage der Zukunft der Kombinationshaltung. Deswegen darf ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitten, unserem Antrag zuzustimmen.

Den Antrag der SPD werden wir ablehnen, weil wir keine neuen Forschungsprogramme, sondern Unterstützung für eine anerkannte Haltungsform brauchen, die übrigens auch vom Lebensmitteleinzelhandel anerkannt wurde.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Schöffel. – Es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von Herrn Abgeordneten Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Herr Schöffel, in einem sind wir uns einig: Bayerische Landwirte produzieren hochwertige Nahrungsmittel. Weil Sie die Abrissbirne erwähnt haben: Sie sind 16 Jahre lang mit Angela Merkel durch das Land gefahren und haben die Landwirtschaft mit der Abrissbirne bearbeitet. So sieht es aus.

Was Sie hier heute vortragen, ist heuchlerisch. Am 20. Mai hat Frau Kaniber hier eine Regierungserklärung abgegeben und durch die Ankündigung zum Ende der Anbindehaltung eine unheimliche Unruhe in die Milchviehhaltung gebracht. Ich sage Ihnen etwas, das hier auch gelobt wird: Es ist eine riesengroße Sauerei, dass Monopolisten wie Aldi beschließen, keine Milch aus bestimmten Haltungsformen mehr zu kaufen. Das geht nicht. Äußern Sie sich einmal dazu. Mir ist nicht klar, wie Sie den 30.000 Landwirten, die in Bayern Milchviehhaltung betreiben, –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Gerd Mannes (AfD): – helfen wollen. Können Sie mir erläutern, was Sie mit Ihrem Antrag erreichen wollen?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Schöffel, bitte.

Martin Schöffel (CSU): Lieber Herr Kollege, es fällt wieder einmal schwer, hier innerhalb von einer Minute die Antworten zu geben, aber ganz kurz: Erstens. Ich bin bereit, mich über jede Frage der Agrarpolitik, die wir von Bayern aus beeinflussen können, zu

unterhalten. Wenn Sie einen besseren Ansatz kennen als das, was wir in Bayern für die Bauern tun, dann sagen Sie es mir.

Zweitens. Natürlich war die CSU Teil der Großen Koalition, hatte aber in Berlin nicht die absolute Mehrheit. In den letzten Jahren gab es große Diskussionen mit den Koalitionspartnern oder auch im Bundesrat. Das haben Sie ja verfolgt.

Drittens. Was wollen wir mit dem Antrag erreichen? – Wir wollen erreichen, dass es in Deutschland kein Verbot für die Milchviehhaltung gibt, wie sie in Bayern praktiziert wird, sondern dass hier Ausnahmen ermöglicht werden und dass konkretisiert wird, dass gerade die Haltung in der Kombination aus einem traditionellen Stall und viel Auslauf für die Tiere, wie dies jetzt auch mit dem Lebensmitteleinzelhandel vereinbart ist, auf keinen Fall von einem Verbot betroffen sein darf. Wir sollten diese Betriebe gemeinsam in die Zukunft entwickeln und vielleicht sogar in eine höhere Haltungsstufe bringen können.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Schöffel, zuerst möchte ich Folgendes feststellen: Wir von der SPD betreiben Politik nie mit der Abrissbirne. Wir machen Politik immer aus Verantwortung für unser Land. Dies steht für uns an erster Stelle, und nicht wie bei Ihrem Parteivorsitzenden und derzeitigen Ministerpräsidenten die Partei.

(Beifall bei der SPD)

Nun möchte ich zwei Fragen an Sie stellen: Wie wollen Sie klare Vorgaben machen, wie eine Kombihaltung aussehen kann, wenn Sie sich nicht einmal auf ein Forschungsprojekt einlassen, sondern an Ihren unverbindlichen Eigendefinitionen festhalten?

Beim bayerischen Weg würde mich interessieren, für wie erfolgreich Sie diesen halten, wenn man sieht, wie viele Betriebe in den letzten Jahren aufgegeben haben und was

nach der Ankündigung der Ministerin Kaniber los war, aus der Anbindehaltung auszu-
steigen. Ich kann mich noch sehr gut an die Reaktionen erinnern. Der bayerische Weg
scheint nicht ganz so erfolgreich gewesen zu sein.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. –
Bevor ich Ihnen, Herr Schöffel, das Wort gebe, darf ich das Hohe Haus darüber infor-
mieren, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER nun namentliche Abstimmung zu
ihrem Antrag zur Kombihaltung beantragt hat. – Nun haben Sie, Herr Schöffel, das
Wort.

Martin Schöffel (CSU): Liebe Kollegin Müller, die Kombinationshaltung ist wissen-
schaftlich definiert. Die Wissenschaftler in der LfL haben hier mitgewirkt. Es gibt hier
eine klare Definition: 120 Tage Auslauf und ein umfangreiches Punktesystem bzw.
Festlegungen, wie sich auch der Stall in Zukunft weiterentwickeln kann. Auch beim
Stall geht es um die Frage, wie viel Licht, wie viel Luft und wie viel Platz zum Hinlegen
und Aufstehen sowie zum Fressen und Saufen das Tier hat. All diese Punkte sind wis-
senschaftlich erarbeitet und haben jetzt in Deutschland die Anerkennung des Lebens-
mitteleinzelhandels gefunden. Wir sollten das nicht gleich wieder in Frage stellen, son-
dern sollten, so wie wir das tun, zusammen mit den Bauern Investitionsprogramme
nutzen, um dort, wo es möglich ist, in den Betrieben das eine oder andere weiter in die
Zukunft zu entwickeln.

Ich beurteile es als Erfolg des bayerischen Weges, dass wir noch so viele Milchvieh-
halter haben. Unter dem Strich sind die Zahl der Milchkühe und die Milchmenge nicht
so stark zurückgegangen. Deswegen würde ich es auch in Zukunft für richtig halten,
jeden Betrieb, der künftig Tierhaltung betreiben will, dabei zu unterstützen, –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit.

Martin Schöffel (CSU): – dies zu tun. Die Beschlüsse, die in Berlin gefasst worden
sind, sind kontraproduktiv dafür, dass sich junge Menschen für das Leben in der Land-
wirtschaft entscheiden.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die dritte Zwischenbemerkung: von Herrn Kollegen Paul Knoblach von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Paul Knoblach (GRÜNE): Herr Kollege Schöffel, ich schätze Ihr Fachwissen. Das erlebe ich immer wieder im Landwirtschaftsausschuss. Deshalb stelle ich hier ohne Polemik zwei Fragen, die Sie sicher gut beantworten können. Es geht rein um statistisches Wissen und darum, wie man es bewertet. Wie erklären Sie uns das Einkommensgefälle zwischen Ackerbau- und Milchviehbetrieben? Wie kam es dazu, dass wir hier in Bayern innerhalb von zehn Jahren 40 % der Milchviehbetriebe verloren haben?

Martin Schöffel (CSU): Die Einkommenssituation beim Ackerbaubetrieb ergibt sich zum einen aus den aktuellen Weltmarktpreisen für Ackerfrüchte und zum anderen im Verhältnis zu den Kosten, die dafür entstehen, auch in Abhängigkeit von Förderungen und Flächenprämien. Dies haben Sie vorhin dargestellt. Im Bereich der Milchviehhaltung ist es abhängig vom Milchpreis, aber auch vom Fleischpreis und von den Kosten, die in diesem Bereich entstanden sind. Der Milchpreis war in den letzten Jahren deutlich zu niedrig im Vergleich zu dem, was hier an Aufwendungen erbracht werden musste.

Deswegen sind diese betrieblichen Auswertungen, die Sie vortragen, grundsätzlich richtig. Wir haben derzeit zum Glück steigende Rindfleischpreise und Milchpreise. Wir müssen aber alles daransetzen, dass diese Betriebe stabile, verlässliche Rahmenbedingungen für die Zukunft haben – wenn Sie nur daran denken. Bei einem traditionellen kleinen Milchviehbetrieb in Bayern wird derzeit über die Haltungsform, die Gülleausbringung, die Mist-, Silo- und Güllelagerung usw. diskutiert. All dies sind Dinge, vor denen wir die Bauern, gerade die kleinen Betriebe, bewahren müssen, weil sie dies nicht alles auf einmal umsetzen können.

Zur Zahl der Milchviehbetriebe –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Schöffel (CSU): – habe ich gerade ausgeführt, wir müssen sehen, welche Milchmenge und wie viele Milchkühe wir in Bayern haben und wie die Qualität unserer Produkte ist. Ich glaube, wir können auf unseren Milchstandort sehr stolz sein, Herr Kollege Knoblach. Über die Möglichkeiten, wie wir den Betrieben hier noch helfen können, –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank.

Martin Schöffel (CSU): – sollten wir uns weiter austauschen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Michaela Kaniber das Wort.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen, lieber Herr Knoblach, ich habe normalerweise wirklich sehr großen Respekt vor Ihnen, bin aber sehr enttäuscht heute, dass Sie es nicht schaffen, eine klare Differenzierung zwischen der ganzjährigen Anbindehaltung und der Kombinationshaltung hinzubekommen. Sie zeigen damit einmal mehr, dass Sie in keiner klaren Verbindung mit Berlin stehen und dass Sie den Worten von Robert Habeck nicht gelauscht haben, der nämlich mal bei einem Besuch in Bayern gesagt hat: Es gibt kein besseres Abbild; diese Landwirtschaft, so wie sie in Bayern stattfindet, sollte auch im gesamten Bundesgebiet gelebt werden. – Sehr, sehr schade.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es geht sogar noch schlimmer. Noch nicht einmal 100 Tage nach Ihrer – quasi – Inthronisierung in Berlin haben Sie damit sehr deutlich gemacht, dass die Bundesregierung der klare Totengräber der bayerischen Agrarpolitik wird. Dabei müsste es doch allen klar sein: Die Milchviehhaltung ist das Rückgrat unserer bayerischen Bäuerinnen und Bauern. Rund 40 % ihrer Erlöse stam-

men aus dem Verkauf von Milch. Ich brauche auch nicht die Wertigkeit erklären, was die Grünlandgürtel bei uns im Voralpenraum bedeuten, wie wir davon profitieren und welche zentrale Bedeutung die Milchviehhaltung für uns in Bayern hat.

Zur Wahrheit gehört natürlich auch, das stimmt: Jeder zweite Milchviehbetrieb in Bayern hält seine Kühe in Anbindehaltung; das entspricht rund einem Viertel der Kühe. Eine zweite Wahrheit ist, dass ein bedeutsamer Teil dieser Betriebe, auch Biolandwirte, seine Milchkühe schon in der Kombihaltung hält. Das heißt, diese Tiere sind nicht ganzjährig angebunden, sondern haben im Sommer einen Weidegang. Da muss man schon von der schönen Landschaft sprechen, liebe Ruth Müller; da gibt es natürlich andere Bewegungsmöglichkeiten.

Jetzt hat diese neue Bundesregierung im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass sie unter anderem bestehende Lücken in der Nutztierhaltungsverordnung schließen und das Tierschutzgesetz verbessern will. Daher soll auch die Anbindehaltung spätestens in zehn Jahren beendet werden. – Auch hier keine Differenzierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Formulierung würde ganz klar das Aus für die Kombinationshaltung bedeuten. Das können wir auch im Interesse unserer Bäuerinnen und Bauern auf keinen Fall zulassen. Das würde eben gerade auch die kleinen Betriebe treffen, von denen Sie immer so gern sprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN. Sie reden von der Kleinstrukturiertheit und spielen genau den Großbetrieben im Osten und Norden Deutschlands in die Hände. Damit zeigt die Ampel einmal mehr, dass ihr die kleinen Betriebe völlig gleichgültig sind. Um es ganz genau zu sagen: Den GRÜNEN ist es geradezu eine Wonne, gegen die Nutztierhaltung zu operieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in vielen Gesprächen mit der Milchwirtschaft, aber auch mit dem Lebensmitteleinzelhandel habe ich mich genau dafür eingesetzt, dass Milch aus Kombinationshaltung in die Haltungsformstufe 2 des LEH eingestuft wird.

So ist es momentan auch vorgesehen. Jetzt darf es eben nicht sein, dass es – dafür hat sich Bayern im Übrigen immer eingesetzt – zu einem generellen Verbot der Anbindehaltung kommt, sondern dass hier die Kombinationshaltung explizit ausgenommen und bedacht wird.

Die bayerische Milchwirtschaft hat frühzeitig mit fachlicher Unterstützung der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft eine Definition zur Kombinationshaltung entwickelt. Damit hat die Milchbranche ganz klar Verantwortung übernommen und dem Verbraucherwunsch nach mehr Tierwohl ganz klar Rechnung getragen. All diese Anstrengungen wären umsonst gewesen, wenn jetzt auch die Kombinationshaltung aus ideologischen Beweggründen verboten werden würde.

Dass die GRÜNEN es in Kauf nehmen, dass bei kleinen Biobetrieben mit Kombihaltung die Stalllichter ausgehen, spricht, ehrlich gesagt, Bände über das Selbstverständnis. Dazu muss man wissen, dass sich auch Tierschützerinnen und Tierschützer wie zum Beispiel die Mitbegründerin der bayerischen GRÜNEN Tessy Lödermann für die Kombinationshaltung mit saisonalem Weidegang ausgesprochen haben. Selbst die Agrar-Denkfabrik des Bundes, das Thünen-Institut, hat gesagt, dass die ganzjährige Anbindehaltung aus Tierwohlgründen kritisch zu sehen ist und als Alternative zur Ganzjährigkeit unter anderem der saisonale Weidegang Vorrang hat.

Machen wir uns bitte nichts vor. Die gesellschaftliche Akzeptanz ist heute mehr denn je notwendig. Sie ist quasi die Lizenz zur Produktion. Sie ist die Lizenz zur Erzeugung und Vermarktung landwirtschaftlicher tierischer Produkte. Wir wollen auch in Zukunft eine wettbewerbsfähige und gesellschaftlich akzeptierte Nutztierhaltung in Bayern gewährleisten.

Dafür muss man aber auch etwas tun. Dazu entwickeln wir, wie schon der Kollege Schöffel richtig gesagt hat, das Tierwohl kontinuierlich fort. Wir schauen auf das Tierwohl. Wir schauen auf die Tiergesundheit. Das Ganze muss aber mit Maß und Ziel

passieren und eben nicht durch Verbote, wie es sich die GRÜNEN immer wieder wünschen.

Bei meiner Regierungserklärung im letzten Mai habe ich ganz bewusst von der ganzjährigen Anbindehaltung gesprochen. Es tut mir aufrichtig leid, dass das – vielleicht sogar ganz bewusst – von der AfD falsch verstanden wird. Liebe Herren Kollegen, Sie haben es ja vorhin eben auch nicht differenziert. Das bedeutet ein Stück weit auch eine Rückwärtsgewandtheit. Was wollen Sie uns damit sagen? Dass Sie für die ganzjährige Anbindehaltung stehen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Gegensatz zur Bundesregierung lässt die Bayerische Staatsregierung die Milchviehhalter mit Anbindehaltung nicht im Regen stehen. Wir stehen zu unserem Motto "Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht". Während die Bundesregierung mit dem Verbot der Anbindehaltung das Aus für viele kleinere Betriebe einläuten will, bieten wir diesen Betrieben genau das, was sie brauchen.

Wir haben letztes Jahr die Beratungsoffensive gestartet. Jeder Betrieb muss passgenaue Lösungen vorfinden können. Darüber hinaus haben wir natürlich geschaut, dass wir die Förderprogramme schreiben, das Programm EIF und auch das BaySL. Damit setzen wir an, sodass die Möglichkeit gegeben ist, auf den Laufstall umzustellen, einen Laufhof zu bauen oder dann natürlich mit der Weide zu kombinieren. Ich habe auch veranlasst, dass der Zuschuss für diese Umstellung auf 40 % angehoben wird. Das verstehen wir, ehrlich gesagt, unter Verantwortungsbewusstsein und vorausschauender Politik.

Die Kombinationshaltung ist eine traditionelle Form der Milchwirtschaft in Bayern. Das soll sie bitte auch bleiben. Sie leistet damit den wichtigsten Beitrag für unsere Kulturlandschaft. Es geht um Biodiversitätsleistung, die Sie immer anmahnen. Mit dem Wegsterben dieser Betriebe würden wir einen großen Verlust erleiden.

Seien wir ganz ehrlich: Ich werde alles dafür tun und mich im Bund und ganz konkret natürlich beim Bundesminister Cem Özdemir dafür einsetzen, dass die Kombinationshaltung von Milchkühen in Bayern weiterhin möglich bleibt. Der LEH muss anerkennen, dass Milch aus Kombinationshaltung tierwohlgerecht und klimafreundlich ist und vor allem gerade mit der Sommerweidehaltung allen Verbraucherwünschen gerecht wird.

Ich erwarte jetzt, ehrlich gesagt, insbesondere von den Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN und vor allem von der SPD, dass sie sich in Berlin für bayerische Strukturen starkmachen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit der Worthülsen ist jetzt vorbei. Sie können jetzt wirklich zeigen,

(Unruhe)

welch guten Draht Sie nach Berlin haben. Liebe Ruth Müller, ich hätte Sie so gern als Landwirtschaftsministerin aus Bayern gesehen; also irgendwie hat Sie der Bundeskanzler Scholz übersehen.

(Zuruf)

Liebe Mitglieder der SPD, ehrlich gesagt nützt es nichts, einen Antrag für ein Forschungsprojekt zur Kombinationshaltung zu stellen. Das zeigt ehrlich gesagt nur, wie weit Sie eigentlich von der bayerischen Landwirtschaftspolitik entfernt sind; denn erstens ist die Kombihaltung keine neue Haltungsform. Wir wissen, dass das eigentlich eine sehr gute und praktikable Möglichkeit ist. Zweitens würde auch die Forschung zur Kombinationshaltung nichts nützen, wenn die Bundesregierung diese dann nicht zulässt.

Deswegen: Fassen Sie sich ein Herz! Zeigen Sie ein bisschen mehr Leidenschaft! Man hat das auch an den Reden gesehen: Martin Schöffel stellt sich hin und kämpft; Sie dagegen haben sich hingestellt und eine leidenschaftslose Rede gehalten. Ehrlich

gesagt, finde ich das sehr schade. Stellen Sie sich endlich hin und kämpfen Sie für die bayerischen Bäuerinnen und Bauern in Berlin!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann Cem Özdemir nur bitten, sich auf Agrarpolitik zu konzentrieren. Wenn man seinen Twitter-Account aufmerksam verfolgt, scheint er sich mehr auf die Außenpolitik zu konzentrieren. Die Zielkonflikte, die seine Politik aufwirft, sind ihm scheinbar nicht so wichtig. Ich kann Ihnen sagen: Uns persönlich, dieser Fraktion und dieser Staatsregierung, ist es ein klares Herzensanliegen; denn es geht um bäuerliche Familienbetriebe, die wir in eine gute Zukunft führen wollen. Es geht vor allem um die bayerische Kulturlandschaft, die ganz maßgeblich auch ihr Gesicht verlieren würde. Machen wir uns nichts vor: Es geht auch um den Verlust von Wertschöpfung.

Wenn diese Betriebe einmal ihre Stalltüren geschlossen haben, dann gehen diese Türen nicht mehr auf – davon ist auszugehen. Das darf jedoch nicht passieren. Wir werden die Entwicklung mit der ganzen Kraft der Staatsregierung begleiten und schützen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Ministerin, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom Kollegen Paul Knoblach vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, ich will gerne sagen, dass ich Ihre Regierungserklärung, über die wir – ich weniger als andere – heute gesprochen haben, als sehr erfrischend empfunden habe.

Wir GRÜNEN haben schon im Jahr 2016 leider erfolglos einen Systemwechsel in den Milchviehbetrieben gefordert. Sie sagen ja selbst, dass 50 % der Betriebe nach den Statistiken noch heute mit der Anbindehaltung arbeiten. Man muss einfach sagen: Das ist keine besonders gute Bilanz für Ihre Regierungszeit. Können Sie uns erklären, wie

es dazu kam, dass der Lebensmitteleinzelhandel der Politik das Heft des Handelns aus der Hand genommen hat? Darin liegen die Gründe, nicht bei uns GRÜNEN oder sonst wo.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Lieber Herr Kollege, es ist eine ganz einfache Antwort. Angebot und Nachfrage, nach diesen richtet sich das Ganze. Wenn der Verbraucher heute entscheidet, dass er ein gewisses Produkt nicht mehr haben will, dann muss man das akzeptieren. Wichtig ist aber, dass Politik die richtigen Rahmenbedingungen schafft, und zwar ohne Druck und Verbote, sondern mit Begleitung, Beratung und Förderung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Winhart von der AfD-Fraktion.

Andreas Winhart (AfD): Frau Staatsministerin, Sie behaupten jetzt allen Ernstes, wir hätten Sie falsch verstanden. Haben denn auch die landwirtschaftlichen Verbände Sie falsch verstanden? Haben denn die Milchviehhalter Sie falsch verstanden? Sie hatten jetzt ein Dreivierteljahr Zeit, das unter Umständen einmal geradezurücken.

Was ist denn bisher von Ihnen gekommen? Was haben Sie gegen den Berliner Koalitionsvertrag unternommen? – Ich befürchte: mal wieder nichts. Das Einzige, was man gemacht hat, war, dem Anhängsel der CSU hier im Landtag diesen Schaufensterantrag in Auftrag zu geben. Sie haben sich da ein bisschen in der ganzen Geschichte verrannt. Warum haben Sie ein Dreivierteljahr gewartet, wenn man Sie falsch verstanden hat und das nie Ihre Absicht gewesen ist?

Ich stelle noch eine zweite Frage: Warum stellen Sie sich heute hierhin und sagen, dass ein Umstellen der Haltungsform die Voraussetzung für Akzeptanz ist, und ver-

herrlichen damit eigentlich den Druck von Aldi & Co. auf die bayerischen Milchbauern? Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie gerade eben erzählt haben.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sie passen wohl wirklich nie auf, weil Sie immer eine Eindimensionalität und offenbar auch eine ganz klare Ablehnung der Medien und der Presse haben. Ich lasse Ihnen gerne alle Presseberichte und alle Links aus allen möglichen Fernsehsendungen zukommen, wo ich es immer wieder erklärt habe.

Hätten Sie bei der Regierungserklärung aufgepasst, dann hätten Sie gewusst, dass ich von der ganzjährigen Anbindehaltung spreche. Wenn Sie sich als AfD als die Retter für die Ganzjährige hinstellen, dann müssen die bayerischen Bauern wissen, dass es mit Ihnen nur eine Rückwärtsgewandtheit gibt, jedoch keine Zukunft für die bayerische Landwirtschaft. Das ist, ehrlich gesagt, verlogen und nicht ehrlich. So eine Politik, wie Sie sie machen, wird es mit mir nicht geben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Staatsministerin, vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wir stimmen zuerst in einfacher Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD ab. Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/20644 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER und die AfD. Enthaltungen! – Bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Fraktionslose Abgeordnete sind momentan nicht anwesend. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der SPD abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/20546. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 15:05 bis 15:08 Uhr)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Abstimmung ist hiermit geschlossen. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich bitte darum, wieder Platz zu nehmen. Es geht weiter in der Tagesordnung.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich bekannt, dass zu Punkt 3, das ist der Dringlichkeitsantrag der SPD "Gemeinsam aus der Coronapandemie: Impfungen vorantreiben – Risikopatienten und Pflegebedürftige vor COVID-19 schützen – Rechtsstaat wahren!", namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

(...)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Damit darf ich zum nächsten Redner kommen. Davor gebe ich allerdings noch kurz das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion betreffend "Kein Verbot der Kombinationshaltung in der Milchviehhaltung", Drucksache 18/20546, bekannt. Mit Ja haben 59 Abgeordnete gestimmt. Nein-Stimmen: null. Stimmenthaltungen gab es 46. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.02.2022 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER, der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion CSU; Kein Verbot der Kombinationshaltung in der Milchviehhaltung (Drucksache 18/20546)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			X
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			X
Becker Barbara			
Beißwenger Eric	X		
Bergmüller Franz			X
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal			X
Brandl Alfons	X		
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von Brunn Florian			X
Dr. Büchler Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			X
Dorow Alex			
Dremel Holger	X		
Dünkel Norbert	X		
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred			
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg			
Enders Susann	X		
Enghuber Matthias	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Faltermeier Hubert	X		
Fehlner Martina			X
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander			
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl	X		
Friedl Hans			
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara			X
Füracker Albert			
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith			
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias	X		
Gottstein Eva			
Graupner Richard			X
Grob Alfred	X		
Güller Harald			X
Guttenberger Petra	X		
Häusler Johann	X		
Hagen Martin			X
Prof. Dr. Hahn Ingo			X
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang			
Haubrich Christina			X
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			X
Hierneis Christian			X
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra	X		
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander			
Holetschek Klaus	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette			X
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian			X
Knoblach Paul			X
Köhler Claudia			
König Alexander	X		
Körber Sebastian			
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald	X		
Kurz Susanne			X
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland			X
Maier Christoph			
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			X
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian	X		
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			X
Muthmann Alexander			
Nussel Walter			
Dr. Oetzing Stephan	X		
Osgyan Verena			X
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Radler Kerstin	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			X
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Riedl Robert			
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			X
Ritter Florian			
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika			X
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			X
Schmid Josef			
Schmidt Gabi	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			X
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten	X		
Schwamberger Anna			X
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard	X		
Seidl Josef			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd	X		
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			X
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			X
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Stolz Anna			
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			X
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			X
Urban Hans			
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin	X		
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			X
Winhart Andreas			X
Winter Georg			
Zellmeier Josef			
Zierer Benno	X		
Zwanziger Christian			X
Gesamtsumme	59	0	46